

Leben und Wirken von Oskar Brüsewitz

Von Kathrin Mileta

Die Jugendjahre von Oskar Brüsewitz

Alfred Oskar Brüsewitz wurde am 30. Mai 1929 im Memelgebiet bei Tilsit, als drittes von fünf Kindern geboren.¹ Sein Vater Arthur Brüsewitz war evangelischer, seine Mutter Agathe katholischer Konfession. Dadurch hatten Oskar Brüsewitz und seine Geschwister schon seit frühester Jugend Zugang zum christlichen Glauben. 1935 zog die Familie nach Wischwill um, wo Oskar Brüsewitz auf die Volksschule ging.² Darüber hinaus besuchte er den Kindergottesdienst und die Konfirmandenstunde. 1943, zwei Jahre vor Ende des II. Weltkriegs, schloss der nun 14-jährige Oskar seine Schulausbildung ab und wurde konfirmiert. Im gleichen Jahr begann er in Kreuzingen (Kreis Hinrichswalde) eine Ausbildung zum Kaufmann in einem Gemischtwarenhandel.³ Da 1944 der Krieg auch in Ostpreußen Einzug hielt, änderte sich sein Leben drastisch und er musste die begonnene Lehre abbrechen.

Die Rote Armee rückte weiter auf deutsches Gebiet vor. Die Schrecken des Krieges wurden damit greifbarer als je zuvor. Viele Menschen aus den Ostgebieten flohen in Richtung Westen, so auch die Familie Brüsewitz. In Burgstädt (Sachsen) erhielt Oskar Brüsewitz seine Einberufung zum Reichsarbeitsdienst, dessen Projekte ihn erst nach Rosleben an der Unstrut und später nach Artern an der Saale führten. Später leistete er Dienst als Panzerfaustschütze. Er geriet aber schon kurz nach Aufnahme der Kampfhandlungen in Kriegsgefangenschaft aus der er, wie auch sein Bruder Bernhard, 1945 entlassen wurde.⁴

Die durch die Kriegswirren zerstreute Familie fand wieder zu einander und versuchte, sich in Burgstädt nahe Chemnitz ein neues Leben aufzubauen. Oskar konnte aber seine kaufmännische Ausbildung nicht fortsetzen und begann eine Lehre zum Schuhmacher, beim Orthopädie-Schuhmachermeister Max Ogertschnigs und der Berufsschule Mittweida, die er mit der Gesellenprüfung abschloss. 1947/48 zog die Familie ins westfälische Melle, wo Brüsewitz erste Aktivitäten im christlichen Umfeld zeigte.⁵ Sein Hauptaugenmerk galt aber seinem erlernten Beruf. 1949 eröffnete er bereits als Geselle eine eigene Werkstatt und erwarb am 5. Juli 1951 bei der Handelskammer Osnabrück den Meistertitel.⁶ Schon zu dieser Zeit

1 In der Literatur sind die Angaben bezüglich der Herkunft von Oskar Brüsewitz nicht eindeutig. Müller-Enbergs, Stock und Wiesner folgen in ihrem Buch den Ausführungen von Martin Onnasch hinsichtlich Brüsewitz' Herkunft aus Willkischken bei Tilsit (Ostpreußen). Vgl. dazu: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S.36 und Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 373. Nach Klier F. wurde Oskar Brüsewitz hingegen in Augsgirren (Ostpreußen) geboren. Vgl. dazu: Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 8. Neubert wiederum schreibt vom Geburtsort Wilkischken in Westpreußen. Vgl. dazu: Neubert E., Geschichte der Opposition, 2000, S.275.

2 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 373.

3 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 373.; In „Das Fanal“ wird von einem Volksschulbesuch von 1943 – 45 gesprochen was, wenn Brüsewitz 1943 eine Lehre begonnen hatte die er `44 abbrechen musste um in den Krieg zu ziehen, so nicht zutreffen kann. Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal,1999, S.37.

4 Müller-Enbergs, Stock und Wiesner schreiben analog zu Martin Onnasch von einer Entlassung Brüsewitz' aus der Kriegsgefangenschaft. Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 38; Onnasch M., Dokumentation, 1977, S. 374.; Gegensätzlich dazu meint Freya Klier aber, dass Oskar Brüsewitz aus der Gefangenschaft geflohen sei und sich zu seiner Familie durchgeschlagen hätte. Vgl. dazu: Klier F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 17.

5 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 39.

6 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 375.

zeigte sich seine Vorliebe für ungewöhnliche Aktionen. Oskar Brüsewitz machte in einem Zeitungsinserat auf sich aufmerksam. So versprach er, jedem eine Mark zu zahlen, der ihm ein Paar abgelaufene Schuhe brächte. Damit erregte er einerseits Aufmerksamkeit und erhielt andererseits gleichzeitig Ersatzteile für sein Handwerk.⁷

Brüsewitz` Zeit in Weißenfels

Im August 1951 heiratete er Resi Heinisch. Die Ehepartner entfremdeten sich aber bald auch bedingt durch seine Arbeit, den Umzug nach Hildesheim und die Geburt der gemeinsamen Tochter Renate am 15. Juni 1952. Die Ehe zerbrach und wurde geschieden. Oskar Brüsewitz wollte nach der Scheidung völlig neu beginnen und überschrieb den gemeinsamen Besitz auf seine geschiedene Frau, auch um künftig keine Unterhaltszahlungen leisten zu müssen, da die gemeinsame Tochter bei ihr verbleiben sollte.⁸

Im Frühjahr 1954 übersiedelte Oskar Brüsewitz nach Weißenfels (DDR) und suchte dort nach einer Anstellung. In der Schuhfabrik „Banner des Friedens“ bekam er eine Stelle als Kontrolleur, verlor diese aber schon nach kurzer Zeit wieder.

In Weißenfels lernte er auch das Ehepaar Geißler kennen die sich um ihn kümmerten und ihm durch ihren Glauben an Gott neue Hoffnung gaben. Sie besuchten ihn während eines Krankenhausaufenthalts und stellten für ihn, aufgrund seiner wachsenden Nähe zu Gott, Kontakt zu Weißenfelser Pfarrern her. Nach seiner Genesung kehrte er nach Weißenfels zurück und bewarb sich an der Predigerschule in Wittenberg. Dort begann er am 15. November 1954 seine Ausbildung, die er aber aufgrund erneuter gesundheitlicher Probleme schon einen Monat später abbrechen musste. Es folgte ein Krankenhausaufenthalt in der Nervenklinik Bernburg. Anschließend verbrachte er zur Erholung einige Zeit im Pfarramt Kayna (Kreis Zeitz). Dort versuchte er einen Neubeginn, scheiterte jedoch. Eine Stellung als Hilfskatechet in Zeitz war nicht zu bekommen, eine Stelle in der diakonischen Anstalt in Neinstedt wollte er nicht annehmen.⁹

Brüsewitz` Zeit in Leipzig

So ging Oskar Brüsewitz nach Leipzig. Dort erhoffte er sich bessere Möglichkeiten, eine Arbeit zu finden. Zunächst bekam er eine Anstellung im Kirchenamt der Leipziger Kirchengemeinden. Nachdem diese aber schon in der Probezeit endete, arbeitete er als Verkäufer in einem Leipziger Schuhgeschäft. Im Frühjahr 1955 lernte er die Diakonisse Christa Roland kennen. Sie verlobten sich schon nach kurzer Zeit und heirateten am 3. Dezember 1955. Ein Jahr später wurde ihnen ein Sohn¹⁰ geboren.

Christa hatte Oskar Brüsewitz in die Leipziger „Christen-Gemeinde Elim“ eingeführt, bei der er sich am 22. April 1956 der Erwachsenentaufe unterzog und sich somit öffentlich zu seinem Glauben bekannte.¹¹ Zu der Zeit hatte er sich wieder selbstständig gemacht und für einen Großhandel Kinderschuhe hergestellt. Deshalb konnte er nicht regelmäßig am Gemeindeleben teilhaben.

7 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999 S. 40.

8 Diese Vereinbarung ist im Späteren aber aufgehoben worden. Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 375.

9 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 376f.

10 Brüsewitz` Sohn Matthias, geb. am 1. Sept. 1956, litt unter Toxoplasmose und verstarb am 3. Nov. 1969. Vgl. dazu: Müller-Enbergs H., Zusammenspiel, 1993, S. 104; Klier F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 71.

11 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 42f.

Es war ungewöhnlich, sich in dieser Zeit zum christlichen Glauben zu bekennen, da der SED-Staat die Kirchen mit Argwohn betrachtete und als systemfeindlich einstufte. Brüsewitz hatte durch seine Familie schon seit seiner Kindheit einen Bezug zur Religion. Die Bekanntschaft mit den Geißlers und seine zweite Frau Christa gaben ihm Kraft; Kraft durch ihren Glauben an Gott und Gottes Wort. Brüsewitz wuchs erst wieder in den Glauben an Gott hinein, hatte aber gerade deshalb ein großes Bedürfnis sich und seine Interpretation der Bibel Anderen mitzuteilen. Viele Mitglieder seiner Gemeinde scheuten öffentliche Aktionen aus Angst, der Staat könne sie als Kritik am System begreifen. Brüsewitz aber suchte die Öffentlichkeit. So pachtete er zum Beispiel ein Grundstück in Leipzig, um für die „Christen-Gemeinde Elim“ einen Kinderspielplatz zu errichten. Viele Mitglieder seiner Gemeinde aber befürchteten, die Staatsorgane könnten diese Aktion als Kritik dahingehend auffassen, dass nicht genug Spielplätze von Staat zur Verfügung gestellt würden.¹²

Brüsewitz wusste, dass der Staat öffentliche christliche Botschaften nicht duldete, aber er scheute keinen Konflikt. Deshalb wurde er schon 1956 aufgrund systemkritischer Äußerungen, vom Ministerium für Staatssicherheit beobachtet. Nach der Aktion mit dem Spielplatz und der Enttäuschung über seine Gemeinde verließ er die „Christen-Gemeinde Elim“ und schloss sich der landeskirchlichen Gemeinde vor Ort an.¹³

Exkurs: Lage der Kirchen in der SBZ/DDR nach dem Krieg

Diese Kirche bildete in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR eine große Gemeinschaft obgleich sie einen ständigen „Kampf“ mit dem sozialistischen System und seinen Vertretern auszutragen hatte.

Nach dem Ende des II. Weltkriegs wurde Deutschland von den Siegermächten in 4 Besatzungszonen aufgeteilt. In den drei westlichen Sektoren sollte ein demokratisches System und im Ost-Sektor ein sozialistisches System nach sowjetischem Vorbild geschaffen werden. Zwischen 1945-1949 zeigte sich die SMAD¹⁴ den Kirchen gegenüber relativ zurückhaltend, denn der überwiegende Teil der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone war religiös und eine antikirchliche Politik hätte eine direkte Konfrontation mit den Kirchen bedeutet, deren Einfluss noch weit reichend war.¹⁵ Zudem bildeten die Kirchen in der DDR als weitestgehend intakte Institutionen wichtige Ansprechpartner in der Nachkriegszeit. Nach Vorgabe der sowjetischen Besatzungsmacht sollten die östlichen Kirchen¹⁶ deshalb in den Prozess des Aufbaus eines sozialistischen Systems und in die Entnazifizierung mit einbezogen werden.¹⁷

Mit der Verfassung vom 7.10.1949 zeigte sich die SED¹⁸ wohlwollend. Die Kirchen blieben weiterhin Körperschaften öffentlichen Rechts und viele ihrer Privilegien wurden in der Gründungsverfassung festgeschrieben. Aber diese beinhaltete auch die Trennung von Staat und Kirche, vor allem auf dem Gebiet der Erziehung, die dem Staat vorbehalten sein sollte.¹⁹

12 Vgl. Klier F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 52.

13 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 44f.

14 Sowjetische Militäradministration in Deutschland

15 Die von der Besatzungsmacht geübte Zurückhaltung zeigt sich u.a. in den Privilegien die den Kirchen zugestanden wurden, wie z.B. der weitestgehenden Ausnahme von der Bodenreform sowie der Möglichkeit zur kircheninternen Entnazifizierung von Pfarrern. Vgl. dazu: Gerlach St.V., Staat und Kirche, 1999, S. 38.

16 Die Begriffe Kirche bzw. Kirchen bezieht sich im Folgenden in erster Linie auf die evangelische Kirche, der auch Oskar Brüsewitz angehörte. Mit „östlichen Kirchen“ sind ausschließlich die Kirchen in der SBZ und der späteren DDR gemeint.

17 Vgl. Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, S. 52 – 55.

18 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

19 Vgl. Gerlach St.V., Staat und Kirche, 1999, S. 39.

In der Verfassung wurden zwar die Grundrechte der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit verankert, dennoch begann die SED ihre kirchen- und religionsfeindliche Politik umzusetzen.²⁰ Die Gründungsverfassung der DDR sollte für die SED nur eine Übergangslösung darstellen, denn das von ihr angestrebte System war mit Religion nicht vereinbar. Ziel war es, die Religion und damit den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen bzw. zu eliminieren; und dies vor allem im Bereich der Erziehung. Vielen engagierten Christen fiel es schwer, sich nicht in politische Belange einzumischen, was bald zu einem kircheninternen Meinungsstreit führte. Der SED kam diese Entwicklung nach der Staatsübernahme gelegen. Sie wollte die Christen entweder für sich gewinnen oder einfach nur ruhig halten. Die Spannungen zwischen den Kirchen und der SED nahmen zu. Grund dafür waren u.a. die Volkskongresswahlen von 1950 und der Druck auf die Bürger der Nationalen Front beizutreten.²¹ Die aggressive Haltung der SED führte dazu, dass von kirchlicher Seite Vergleiche mit dem NS-System gezogen wurden, die den Staat provozierten und die Fronten verhärteten²².

Nach Stalins Tod am 5.3.1953 erfolgte ein Führungswechsel in der Sowjetunion der sich auch auf die DDR auswirkte. Die Führung in Moskau kritisierte die Politik der DDR-Regierung und verlangte einen Kurswechsel, auch hinsichtlich ihrer Kirchenpolitik.²³

Bei einem Treffen zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und des Ministerrats vom 10.6.1953 machte die Regierung zwar das Angebot die Maßnahmen gegen die Kirche einzustellen. In dem aus diesem Gespräch hervorgegangenem Kommuniqué aber wurde nicht festgehalten, dass in der Schule verschiedene Weltanschauungen zu akzeptieren sind.²⁴ So war die daraufhin eingetretene Entspannung zwischen Kirche und Staat nur von kurzer Dauer. Sie endete mit der Einführung der Jugendweihe²⁵ und der Aufforderung an die Kirchen, ein Loyalitätsbekenntnis abzugeben.

Kinder und Jugendliche waren für den Staat eine wichtige Zielgruppe, die von der Kirche nicht beeinflusst werden sollte. Ziel war es, sie zu „sozialistisch geprägten Persönlichkeiten“ heranzuziehen und nach den ideologischen Wertvorstellungen des Staates zu formen. Die Benachteiligungen der Christen in der DDR und im Besonderen die der christlich erzogenen Kinder und Jugendlichen sollte zum Dauerthema der innerkirchlichen Diskussion sowie der zwischen Staat und Kirche werden. Für die Kirche war in dieser Hinsicht kein Konsens mit dem Staat zu finden, da dieser den Grundsatz der Alleinverbindlichkeit der atheistischen Ideologie verfolgte. Dies stand jedoch in völligem Gegensatz zur propagierten und per Gesetz garantierten Religionsfreiheit.

20 Vgl. Gerlach St.V., Staat und Kirche, 1999, S. 40; Krusche, H.-M., Pfarrer, 2002, S. 15.

21 Vgl. Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, S. 70 – 74.

22 Konfrontationen gab es vor allem bezüglich der kirchlichen Jugendarbeit, z.B. in Form der Jungen Gemeinde und der Studentengemeinden. Vgl. Gerlach, St. V., Staat und Kirche, 1999, S. 42- 44.

Krusche schreibt vom Einsatz einer aggressiven atheistischen Propaganda des Staates gegen die Kirchen. Vermutlich sollten den Kirchen auf diese Weise Mitglieder entzogen und neue Mitgliedschaften unterbunden werden. Vgl. dazu: Krusche, H.-M., Pfarrer, 2002, S.16.

„Mehrfach wurde das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung eingeklagt und dessen Missachtung mit dem >>Ermächtigungsgesetz << Hitlers aus dem Jahre 1933 verglichen“; zit.: aus Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, 1997 S. 72; Vgl. auch: Heinecke, H., Konfession und Politik, 2002, S.121 – 124.

23 Vgl. Gerlach St.V., Staat und Kirche, 1999, S. 44.

24 Vgl. Gerlach St.V., Staat und Kirche, 1999, S. 45f.

25 Die Jugendweihe wurde im November 1954 eingeführt und sollte langfristig die Konfirmation u.a. nicht vom Staat initiierten Riten ersetzen. Vgl. Maser P., Kirchen, 2000, S.110 – 115; Heinecke, H., Konfession und Politik, 2002, S. 136 – 144. Die Kirchen (evangelische und katholische) schlossen jene, die an der Jugendweihe teilnahmen von der Konfirmation u.a. kirchlichen Riten aus. Grund dafür war die Ansicht der Kirchen, dass Jugendweihe und christlicher Glaube unvereinbar seien. Folglich entschieden sich viele Jugendliche für die Jugendweihe, um ihre berufliche Zukunft nicht zu gefährden. Vgl. Gerlach, St. V., Staat und Kirche, 1999, S. 48; Fricke, K. W., Opposition und Widerstand, 1984, S. 77.

Um die Kirchen einzuschränken und zur besseren Kontrolle ihres Handlungsraumes wurde am 8.3.1957 das Staatssekretariat für Kirchenfragen eingerichtet.²⁶ Desweiteren wurde der Kirchensteuereinzug dahingehend geändert, dass die Kirchenteuer nun nicht mehr vom Finanzamt sondern von der Kirche direkt eingezogen werden musste. Diese konnte ihre Beiträge somit nur noch auf freiwilliger Basis erheben, was zu großem personellen Aufwand und erheblichen finanziellen Einbußen führte. Ferner wurden die staatlichen Zuschüsse empfindlich gekürzt.

Die Überwachung durch das Staatssekretariat für Kirchenfragen, Schikanen gegen Kirchenmitglieder, die finanzielle Beschneidung etc. sollten die Kirche empfindlich treffen und ihren Einfluss zurückdrängen. Sie sollte ihrer Handlungsfähigkeit als autonome Organisation beraubt werden, damit der Staat die Möglichkeit erhielt, seine Ideologie als allein gültige durchzusetzen. Eine "Gemeinsame Erklärung" von Kirche und Staat vom 21.07.1958 ließ auf eine Entspannung hoffen die jedoch nicht eintrat²⁷. Vielmehr versuchte die SED, ihren Führungsanspruch weiter zu bekräftigen.²⁸

Brüsewitz` Zeit in Weißensee und Predigerausbildung in Erfurt

Nachdem Oskar Brüsewitz im Frühjahr 1959 schwere Herzprobleme bekommen hatte und der Verdienst in seiner Werkstatt eher gering war, entschloss sich 1960 die durch die Geburt der Tochter Ester nun vierköpfige Familie, nach Weißensee im Kreis Sömmerda umzuziehen. Brüsewitz bemühte sich im Februar des Jahres um eine Gewerbeerlaubnis für eine Schuhmacherwerkstatt, die ihm auch bald erteilt wurde. Am 30. Juli 1960 wurde ihnen die Tochter Dorothea geboren, womit die Familie nunmehr fünf Personen zählte. In Weißensee versuchte Brüsewitz, Räumlichkeiten für eine Werkstatt zu finden. Da er aber nichts fand, das seinen Ansprüchen genügte, kaufte er einen ausrangierten Eisenbahnwagen und richtete sich darin eine Werkstatt ein.

Seinen Kunden und dem Ministerium für Staatssicherheit blieb aber nicht verborgen, dass zahlreiche Einrichtungsgegenstände des Wagens das christliche Bekenntnis von Brüsewitz deutlich nach außen trugen. Er hielt religiöse Schriften in seiner Werkstatt für seine Kunden und Interessierte bereit und führte mit ihnen Gespräche über Glaubensfragen. Auch als er

26 Das Staatssekretariat für Kirchenfragen (StfK) war für die östlichen Gliedkirchen der EKD (Evangelische Kirche Deutschlands) zuständig. Es sollte die Kirchen nicht nur überwachen, sondern auch beeinflussen und zersetzen. Stefanie Virginia Gerlach stellt die Vermutung an, dass das eigentliche Ziel des StfK darin bestand, die EKD zu spalten. Vgl. Gerlach, St, V., Staat und Kirche, 1999, S. 49.

27 Wichtig im Kommuniqué vom 21.7.1958 war die Feststellung des Staates, dass jeder Bürger die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießt und die ungestörte Religionsausübung unter staatlichem Schutz steht. Die östlichen Gliedkirchen der EKD machten ihrerseits viele Zugeständnisse, wie z.B. die Distanzierung von der Beschlussfassung der EKD, die Zusage, den Aufbau des Sozialismus zu unterstützen sowie die Anerkennung des Staates und seiner Führung. Diese Zugeständnisse gaben dem Staat noch mehr Möglichkeiten, den kirchlichen Handlungsraum zu beschneiden. Durch die Teilung der EKD in östliche und westliche Gliedkirchen sowie den Mauerbau 1961 wurde die systemübergreifende Arbeit der EKD weiter erschwert. Vgl. Gerlach, St, V., Staat und Kirche, 1999, S. 56 – 60.

28 Durch den „Kalten Krieg“ kam es zu einem weltweiten Aufrüsten und zur Wiederbewaffnung der beiden deutschen Staaten. Die Wehrpflicht wurde wieder eingeführt, in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) 1956 und in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1962. In der DDR setzte aber schon vor 1962 eine zunehmende Militarisierung der Bevölkerung ein, z.B. in Form der Kasernierte Volkspolizei und der Gesellschaft für Sport und Technik. Durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht suchte die SED ihren absoluten Führungsanspruch weiter zu bekräftigen. Ein erneuter Konflikt zwischen Staat und Kirche war somit unausweichlich, da diese sich vor dem Hintergrund der beiden Weltkriege auf die Seite der Wehrdienstverweigerer stellte. In der Folge schuf der Staat zwar die Möglichkeit, unbewaffneten Dienst bei den Bausoldaten zu leisten, diese unterstanden aber direkt der NVA (Nationale Volksarmee) und wurden überdies vor allem an militärischen Objekten eingesetzt. Folglich befanden sich die Bausoldaten in einem Gewissenskonflikt zwischen religiöser Überzeugung und staatlichem Zwang. Vgl. Gerlach, St, V., Staat und Kirche, 1999, S. 67 – 69.

später in der Zweigstelle der Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) „V. Parteitag der SED“ in Sömmerda arbeitete, der er im März 1963 beigetreten war, führte er diese Gespräche weiter. Er überzeugte die PGH davon, eine Außenstelle in Weißensee einzurichten. Dort nahm er dann mit zwei Kollegen die Arbeit auf. Weiterhin versuchte er, unter Kollegen und Kunden das Wort Gottes zu verbreiten. Das Ministerium für Staatssicherheit bewertete sein damaliges Verhalten in der Produktionsgenossenschaft des Handwerks und im Ort als hetzerisch und gegen den Aufbau des Sozialismus in der DDR gerichtet.²⁹ Wenn Brüsewitz sich aber zu politischen Themen äußerte, dann auf einer eher allgemeinen Ebene. Er kritisierte nicht die Aktionen des Staates, sondern den Zwang der dahinter stand. Er warf dem Sozialismus vor, den Frieden zu beeinträchtigen, machte aber keinem zum Vorwurf, Sozialist zu sein. Oskar Brüsewitz unterschied zwischen Überzeugung und Anpassung. Wurde er mit der Ideologie des SED-Staates konfrontiert, versuchte er diese zu überwinden und Gottes Wort durchzusetzen. Diese Tatsachen reichten dem Ministerium für Staatssicherheit aus, um einen Operativen Vorlauf zu seiner Person einzuleiten.³⁰ So sollte sein kritisches Potential ausspioniert und auf seine Aktivitäten eingewirkt werden.

Brüsewitz engagierte sich zu dieser Zeit sehr in seiner Gemeinde. Er nahm an Bibelabenden und Gottesdiensten teil und wurde später auch Mitglied des Gemeinde-Kirchenrates. Seine Aktivitäten konzentrierten sich dabei vor allem auf Kinder und Jugendliche.

Er half darüber hinaus beim Eintreiben der Kirchensteuer und bei kirchlichen Baumaßnahmen. Bei einer dieser Maßnahmen, dem Projekt „Winterkirche“, ereignete sich ein Unfall in dessen Folge Brüsewitz in der PGH ausfiel. Dieser Ausfall und andere Probleme führten zur Auflösung der Außenstelle der PGH, die dann nur noch als Annahmestelle weitergeführt wurde. Am 5. August 1964 arbeitete er das letzte Mal bei der PGH.³¹

Da er nicht gewillt war, in Sömmerda weiter zu arbeiten und ihm keine neue Gewerbeerlaubnis erteilt wurde, war er vorerst ohne Beschäftigung. Der Rat des Kreises leitete daraufhin nach drei Monaten ein Verfahren wegen „Arbeitsbummelei“ gegen ihn ein, welches jedoch eingestellt wurde.

Die SED hatte schon vor der Gründung der DDR die zentrale Rolle der Jugendpolitik für sich erkannt. In der ersten Zeit als die Bindungen an die FDJ nur schwach ausgeprägt waren, wandten sich viele Jugendliche von ihr ab, wenn an anderer Stelle attraktivere Aktivitäten lockten; so wie die der Jungen Gemeinden. Um ihre Attraktivität für Jugendliche zu steigern, organisierte die FDJ unter anderem „Buchclubs“, „Singeclubs“ sowie „Kinder- und Jugendspartakiaden“, die Jugendliche anlocken sollten. Auch die Pionierorganisation stellte verschiedene Angebote zusammen. Anfangs hatten sie aber nur mäßigen Erfolg.³²

Oskar Brüsewitz organisierte damals zahlreiche Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde, worauf das Volkspolizei-Kreisamt und das Ministerium für Staatssicherheit

29 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 46- 48.

30 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 49.

31 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 53.

32 Die FDJ (Freie Deutsche Jugend) war vielfach in den ländlichen Gegenden noch unzureichend organisiert, folglich war dort die kirchliche Jugendarbeit (noch) von größerer Bedeutung. Diese reichte selbst so weit, dass auch FDJ-Mitglieder lieber die Junge Gemeinde besuchten als die Veranstaltungen der FDJ. Denn die Jugendlichen fanden dort unter dem Dach der Kirche einen Freiraum, der in der DDR an anderer Stelle so nicht existierte. Im Laufe der Zeit wurde aber die lokale Konkurrenz zwischen staatlicher und kirchlicher Jugendarbeit zunehmend stärker. Der propagierte Alleinvertretungsanspruch der FDJ wurde unhaltbar, da sich der Staat mit einer erfolgreichen kirchlichen Jugendarbeit konfrontiert sah, die diesen „Lügen strafte“. 1952 eskalierte die Situation. Die Aktivitäten der „Junge Gemeinden“ wurden vom Staat in zunehmenden Maße u.a. durch Gesetzesänderungen eingeschränkt. Aber auch auf anderem Wege versuchte die SED, den Jungen Gemeinden die Sympathie der Bevölkerung zu entziehen. Vgl. dazu auch: Gerlach, St. V., Staat und Kirche, 1999, S. 61; Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 55f.

vermerkten, „dass Brüsewitz rund 80 Jugendliche in der Jungen Gemeinde erreichte und es unter den Jugendlichen hieß, dass dort immer etwas los ist“.³³

Durch den Aufbau eigener Riten und die ständig präsente Propaganda wurde schon lange versucht, der Kirche auch die Gruppe der aus Tradition getauften und konfirmierten Personen zu entziehen und damit die Entfremdung der Bevölkerung von der Kirche voran zu treiben. In Folge dieser Bestrebungen des Staates und der besser werdenden Organisation, der von ihm angebotenen Aktivitäten, war die Zahl der Konfirmationen rückläufig, wohingegen die der Jugendweihen stetig zunahm. Oskar Brüsewitz war der Ansicht, dass er sich gegen die ideologische Vereinnahmung durch den Staat zur Wehr setzen müsse, was aber nur durch öffentliche Aktionen Erfolg haben konnte. Neben ihm brachten aber auch viele Andere ihre Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse auf unterschiedlichste Weise zum Ausdruck. Weißensee galt zu dieser Zeit als kirchlicher Schwerpunkt des Kreises.

Die dortige Kirche wurde als gefährlich eingestuft und die Pfarrer, aber auch Oskar Brüsewitz, als reaktionär bezeichnet, wie der Bericht des Volkspolizei-Kreisamtes Sömmerda zur „Klassenkampflage“ im ersten Halbjahr 1962 feststellte.³⁴ Brüsewitz sah das Hauptproblem in den Reihen der Christen selbst. Er war nicht bereit, Kompromisse zu machen, da die Lage der Kirche schlechter wurde und sie hohe Mitgliederverluste beklagen musste. Brüsewitz hatte keinen Einfluss auf die Kirchenoberen und sah nur die Möglichkeit, diejenigen zu retten, die er selbst erreichen konnte und das mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Das atheistische Gesellschaftssystem und der christliche Glaube waren für ihn unvereinbar und so betrieb er Öffentlichkeitsarbeit mit Plakaten und Schaukästen (als Werbung für z.B. Christenlehre und Konfirmation), er entfernte aber auch staatliche Symbole von kirchlichen Schaukästen, was wiederum den Konflikt mit lokalen Funktionären verschärfte.³⁵ Engagement im Sinne der SED lehnte er in jeder Hinsicht ab. Nicht nur Oskar Brüsewitz, sondern auch andere Mitglieder der Kirche, besonders der Magdeburger Kirchenleitung äußerten sich systemkritisch, u.a. in ihren Predigten. Da sie an der Meinungsbildung der Menschen maßgeblich beteiligt waren, wurden sie in Listen der Volkspolizei gesammelt und nach ihrer politischen Tätigkeit charakterisiert. Entscheidend war für den Staat vor allem das Wahlverhalten dieser Geistlichen, denn es war öffentlichkeitswirksam für den Staat, wenn die Beteiligung von kirchlichen Funktionsträgern an Wahlen hervorgehoben werden konnte, Pfarrer von ihrer Kanzel zum Wahlgang aufforderten oder selbst zu diesem bereit waren. Oskar Brüsewitz entschied sich gegen die Wahl und sagte dazu einmal in der Gaststätte des Volkshauses: „Ich habe schon gewählt – nämlich Jesus Christus“.³⁶

Oskar Brüsewitz war es wichtig, die christlichen Normen auf das Leben anzuwenden. Er suchte immer wieder die Öffentlichkeit für seine Aktionen. Durch seine immer wieder auffallenden Aktionen provozierte er den Staat wissentlich und argumentierte: „Ich habe dasselbe Recht wie die SED und werde den ganzen Kreis Sömmerda evangelisieren, egal ob das der SED recht ist oder nicht. Dafür bringe ich auch jedes Opfer.“³⁷ Opfer brachte Oskar Brüsewitz vor allem auch durch den Einsatz eigener finanzieller Mittel für seine Aktionen, aber auch indem er seinen Beruf aufgab, um mit einer vierjährigen Ausbildung zu beginnen. In Erfurt besuchte er die Predigerschule von 1964 bis 1969 mit dem Ziel der Weihe zum evangelischen Pfarrer.³⁸ Der Beginn dieses Studiums bewahrte ihn auch vor Maßnahmen des

33 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 57.

34 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 60.

35 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 63f.

36 Zit. aus: Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 383.

37 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., 1999, S. 66f.

38 Vgl. Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, S. 275.

Ministeriums für Staatssicherheit, das kurz davor stand, gegen ihn einzuschreiten. Die Akte wurde am 25. März 1965 für die Dauer seines Studiums geschlossen.³⁹

In der ersten Hälfte des Jahres 1968 leistete er sein Vikariat ab und wurde 1969 mit seiner Familie als Hilfspfarrer nach Droßdorf-Rippicha versetzt.⁴⁰

In dieser Zeit verschärfte sich die Situation der Kirchen in der DDR weiter. Der Staat ging nun dazu über, die Tätigkeit der Kirchen auch per Gesetz einzuschränken. Mit dem Verfassungsentwurf von 1968 wurden die Grenzen der Kirchlichen Arbeit noch enger gesteckt. Mit dieser Verfassung war eine gemeinsame Arbeit der östlichen und westlichen Gliedkirchen der EKD nicht mehr möglich da diese nicht verfassungskonform war. Die kirchenrechtlichen Regelungen wurden auf ein Minimum reduziert, wohingegen sich der rechtliche Spielraum des Staates weiter ausdehnte.⁴¹ Um den inneren Zusammenhalt zu wahren und eine gemeinsame Vertretung zu schaffen, lösten sich die östlichen Gliedkirchen von der EKD und schlossen sich am 10.6.1969 im BEK⁴² zusammen.

Pfarrtätigkeit in Rippicha

In Droßdorf-Rippicha spielte bis zu diesem Zeitpunkt die Kirche keine große Rolle, weshalb Brüsewitz` Vorgänger die Pfarrstelle entmutigt verlassen hatte. Kirche und Pfarrhaus waren völlig verwahrlost, aber gerade dieser Umstand forderte Brüsewitz heraus. Er wollte den Kirchenkreis wieder zu Gott führen. Brüsewitz war handwerklich begabt und besaß ein großes Organisationstalent. Es gelang ihm, Material zu beschaffen und Arbeitskräfte zu mobilisieren, so dass das Pfarrhaus und auch die Kirche des Ortes schon nach kurzer Zeit wieder nutzbar waren. Vor allem durch seine tatkräftige Arbeit konnte er sich die Achtung der Dorfbewohner erwerben.⁴³ Dass er nach einiger Zeit an die einhundert Hühner und Schafe auf dem Grund der Pfarrei hielt, beeindruckte die Leute vor Ort ebenso wie die Kirchenleitung.⁴⁴ Brüsewitz

39 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 67.

40 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 69 – 72.

41 In der Verfassung von 1949 wurden die kirchenrechtlichen Regelungen noch recht umfangreich thematisiert. Vgl. dazu: Deutsche Demokratische Republik, DDR Verfassung`49, 1949, S. 19 - 22.

Die Verfassung von 1968 behandelt kirchenrechtliche Regelungen nur noch im Art. 20 und 39. Im gleichen Zuge behält sich „die Führung“ aber die Möglichkeit offen, nach staatlichem Ermessen Einschränkungen zu treffen oder Freiheiten zu gewähren. So heißt es im Art. 39 (2) „Die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeiten aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“ Zit. aus: o.V.: DDR Verfassung `68, 1968, S. 36f.

42 Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR; Die Trennung der östlichen Gliedkirchen von der EKD erfolgte erst nach der Gründung des BEK. Vgl. Henkys, R., Bund, 1970, S. 165 – 167; dazu auch: Heinecke, H., Konfession und Politik, 2002, S. 302 – 307. Die Ziele des BEK bestanden vor allem in der Suche nach den Ursachen für den Prozess der Entkirchlichung und die Frage nach dem eigenen politischen Standort in der DDR, der mit der Formel „Kirche im Sozialismus“ beschrieben wurde. Vgl. Krusche, H.-M., Pfarrer, 2002, S. 20f. Die SED hatte ihr Ziel, die östlichen Kirchen von der EKD abzuspalten, zwar erreicht, konnte den Zusammenschluss im BEK aber nicht verhindern, der zudem noch ein Gesamtdeutsches Bekenntnis ablegte. In den Grundbestimmungen des BEK heißt es im Art. 4 (4): „Der Bund bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland. [...]“ Zit. aus: o.V., Kundgebungen Bd. 1, 1995, S. 3. Der BEK wird erst 1971 vom Staat anerkannt. Dieser war nun auch nicht länger bestrebt die Kirche „aufzulösen“. Er beschränkte sie weiterhin, duldet sie aber.

43 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 385; Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 68.

44 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 73. Schultze schreibt dazu bestätigend: „Brüsewitz ist ein ganz besonderer Pfarrer gewesen, auch durch seine Neigung zu handwerklicher Tätigkeit. Er hat Felder selbst bestellt, hat Schafe gehalten und Kaninchen gezüchtet. Auch ein Pferd hat er besessen. Die praktische Arbeit war für ihn auch Lebensbedürfnis, während ihn die theologische Arbeit, die man im Pfarrkonvent damals noch erwartete, so anstrenge, dass er sich faktisch verweigerte. Das war nicht seine Begabung. Aber mit seiner munteren, seelsorgerischen Art und seinem Zugehen auf die Menschen ist er im Pfarrkonvent auch ganz schnell akzeptiert

wollte aber in erster Linie das Wort Gottes verkünden. Neben den Agitationen der SED warb er auf Plakaten mit christlichen Inhalten, um die Neugier der Dorfbewohner zu wecken. Die Menschen, die nicht selbst zu ihm fanden, zu denen ging er, wobei er keinen Unterschied zwischen Christ und Atheist machte. Am Ende seiner eineinhalbjährigen Probezeit in Rippicha kannte er fast jeden Haushalt des Dorfes. Viel Aufmerksamkeit und Anerkennung brachte ihm vor allem das von ihm im Dezember 1969 am Kirchturm angebrachte Kreuz aus Neonröhren ein.⁴⁵ Es war auch auf große Entfernung noch zu erkennen. Er wollte damit ein Zeichen setzen, dass nicht die Arbeiterklasse, sondern die Kirche bzw. Gott in diesem Ort herrscht. Auch diese öffentliche Aktion provozierte die Vertreter des Staates. Der Rat des Kreises verlangte die Entfernung des Kreuzes. Brüsewitz aber weigerte sich vehement, woraufhin sich die Staatsorgane an die Kirchenleitung wandten und das Kreuz zum Streitfall zwischen Kirche und Staat wurde. Brüsewitz aber beugte sich weder dem Rat des Kreises noch seinen Vorgesetzten. Lediglich das zeitweise Abschalten der Neonröhren ließ sich bei ihm durchsetzen. Doch schon im Mai 1970 berichtete ein Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, dass das Kreuz wieder jeden Abend leuchte.⁴⁶ Auch ein Gespräch im Magdeburger Konsistorium konnte Brüsewitz nicht dazu bewegen, etwas zu ändern und das Kreuz zu entfernen. Er begründete sein Handeln mit der Aussage: „Solange der Sowjetstern überall leuchtet, so lange bleibt auch mein Kreuz!“⁴⁷ Letztendlich blieb das Kreuz auch noch nach seinem Tod 1976 auf dem Kirchturm.

Die Zahl der Kirchenbesucher zeugte schnell von den Auswirkungen seines Engagements und bald hatte er die meisten Gottesdienstbesucher im Kirchenkreis. Früh beteiligte er auch seine Töchter an der Gestaltung des Gottesdienstes, brachte neue Lieder und neuen Schwung in den Gottesdienst. Sein Gottesdienst sollte anschaulich und nicht abstrakt in der Auslegung der Worte Gottes sein. Er brachte Tiere mit in den Gottesdienst, verschenkte diese hernach an bedürftige Familien, denen er sich besonders zuwandte, oder gestaltete den Gottesdienst mit Kindern. Gefördert wurde die Neugier auf seine Gottesdienste, indem er Gemeindeglieder aber auch Ortsfremde in dem Gottesdienst einband.⁴⁸ Seine Art, Gottesdienste abzuhalten, war unkonventionell aber anschaulich und wurde, obgleich sie nicht jedermann zusagte, akzeptiert. Interessant waren für viele auch seine Anmerkungen zu politischen Fragen. Oft soll er dabei gegen den Bolschewismus geredet haben, der für ihn das Reich der Finsternis darstellte. Für die SED war schon sein Ausspruch: „Wir warten nicht auf den Kapitalismus oder den Kommunismus, sondern auf das Reich Gottes“⁴⁹ Kampfansage genug, wick sie doch erheblich von der offiziellen Linie der „Kirche im Sozialismus“ ab. 1970 war der Rat des Kreises nicht mehr bereit, mit Brüsewitz zu reden, was er auch der Kirchenleitung mitteilte. Die Kirchenleitung war bestürzt über das Verhalten ihres Pfarrers gegenüber den Vertretern des Staates. Dem vorausgegangen war im August/September 1970 die Drohung des Rates des Kreises gegenüber Superintendent Bauer, dass gegen Brüsewitz ein Ermittlungsverfahren wegen Staatsverleumdung und Hausfriedensbruchs eingeleitet werden könne. Auch trage man sich mit dem Gedanken, Brüsewitz zur Untersuchung in eine Nervenklinik einweisen zu lassen. Aus diesem Grund hatte der Verwaltungsausschuss des Kirchenkreises im September 1970 Bedenken, ihn zum Ende seiner Probezeit in Rippicha zu belassen und als Pfarrer dort anzustellen, obgleich sein Mentor, Pfarrer Otto Pappe, ein sehr positives Urteil über ihn abgab. Nach Gesprächen mit den Oberkonsistorialräten Ammer und Holdefleiß aus

gewesen. Schwer hatten es mit ihm (naturgemäß!) der Superintendent und der Sachbereichsleiter Verwaltung.“ (Schultze, H., Brüsewitz, 2005, S. 39.)

45 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, S. 386; Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 70.

46 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 74.

47 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal 1999, S. 76.

48 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 386.

49 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 78.

Magdeburg wurde er aber dennoch nach Rippicha berufen. Nach seiner Ordination am 29. November 1970 in Wernigerode übernahm er am 1. Dezember des Jahres die Pfarrstelle in Rippicha.⁵⁰

Brüsewitz hatte immer ein gutes Verhältnis zu Kindern und Jugendlichen gepflegt und war bestrebt ihnen, gleich ob christlich oder atheistisch erzogen, das Wort Gottes näher zu bringen. So hielt er es auch nach der Übernahme der Pfarrstelle in Rippicha Dazu heißt es: „Wenn Brüsewitz mit Jugendlichen herum tollte oder Fußball spielte, so lag darin kein Selbstzweck, sondern es sollte Vorbehalte und Hemmungen der atheistisch erzogenen Kinder gegenüber Pfarrern abbauen, damit er mit ihnen zusammen dann über die Botschaft Christi sprechen konnte.“⁵¹

Im Sommer 1971 wollte er gemeinsam mit Pfarrern der evangelischen, katholischen und methodistischen Kirche einen ökumenischen Kindertag der Zeitzer Pfarreien in Rippicha veranstalten. Für ihn war dies eine kirchliche Veranstaltung. Für den Rat des Kreises überschritt das Programmangebot aber einen solchen Rahmen. Er verlangte die Streichung von Programmpunkten oder die Anmeldung der Veranstaltung nach der DDR-Veranstaltungsordnung.⁵² Brüsewitz lehnte dies ab und ließ den Kindertag, mit großem Erfolg, wie geplant stattfinden. Da er der Anweisung des Rats des Kreises nicht Folge geleistet hatte, wurde ein Ordnungsstrafverfahren eröffnet und Brüsewitz zu einer Ordnungsstrafe verurteilt.⁵³

Erneut herausgefordert sah sich der Staat, als Brüsewitz einen evangelischen Kinderspielplatz einrichtete. In einem Gespräch zwischen Vertretern des Rates des Kreises und Vertretern der Superintendentur wurde 1973 klar auf die Grenzen der Arbeit der Kirchen hingewiesen, die nicht in die Aufgaben des Staates eingreifen dürfe. Kinder- und Jugendarbeit sollte demzufolge nicht den Charakter einer Freizeitbeschäftigung mit Sport und Spiel haben, da dies in den Aufgabenbereich des Staates falle.⁵⁴ Insbesondere die Arbeit von Oskar Brüsewitz wurde dabei in Bezug auf den eingerichteten Spielplatz als fragwürdig angesehen. Es wurde die Auflage erteilt, den Spielplatz bis zur DDR-Kommunalwahl 1974 zu beseitigen, worauf Pfarrer Brüsewitz aber nicht einging, sondern einem Spruchband „25 Jahre DDR“ ein Plakat „2000 Jahre Kirche Jesu Christi“ entgegensetzte.⁵⁵

Vor den DDR-Kommunalwahlen 1974 eskalierte der Streit um das Schild „Missionszentrum. Rippicha/Ossig/Schellbarch/Loitschütz“, das Brüsewitz auf Kirchengrund aufgestellt hatte. Der Rat des Kreises forderte ihn auf, dieses Schild zu entfernen, was Brüsewitz mit der Begründung ablehnte, er habe dafür eine Genehmigung von seinen Kirchenoberen erhalten. Daraufhin drohte man, alle zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel einzusetzen, um in der Gemeinde Droßdorf die öffentliche Ordnung wieder herzustellen. Brüsewitz organisierte deshalb in der Nacht vor der Kommunalwahl Kontrollgänge, um das Streitobjekt vor Übergriffen zu schützen. Am nächsten Tag berichtete die SED-Kreisführung dem politischen Dienst der Bezirksleitung von diesem Vorfall und versicherte, dass Vorkehrungen für den Wahltag getroffen worden seien, um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren.⁵⁶

Der SED-Staat war nicht bereit, Brüsewitz` Handeln zu tolerieren, sondern verstärkte seine Anstrengungen gegen ihn. 1974 wurde gegenüber der Kirche in Rippicha eine neue Schule

50 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 79-81; Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 389.

51 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 81.

52 Nach der Veranstaltungsordnung vom 1.3.1971 waren alle Veranstaltungen ohne direkten religiösen Bezug anzumelden. Anfangs fielen auch Bibelfreizeiten, Konfirmandenfreizeiten etc. darunter. Vgl. o.V., Kundgebungen Bd. 1, 1995, S. 58f, 40 – 42.

53 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 390f.

54 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 84.

55 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 84; Vgl. dazu auch: Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, S. 276.

56 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 84.

gebaut. Dieser Umstand schwächte seinen Einfluss auf die Jugend erheblich. Er geriet immer mehr in die Enge. Viele Menschen bewunderten seinen Mut, hatten aber zunehmend Angst, sich zu ihm zu bekennen, da die Maßnahmen des Staates gegen den Pfarrer zunahmen. Es kamen immer weniger Menschen in seinen Gottesdienst und auch die Zahl der Jugendlichen in der Kirche ging erheblich zurück. Schon in der Schule wurde ihnen deutlich gemacht, dass es hinderlich für ihre berufliche Entwicklung wäre, sich zur Kirche und zu Pfarrer Brüsewitz zu bekennen. Auch Oskar Brüsewitz' Tochter Ester bekam die Benachteiligung der Christen in der DDR zu spüren.⁵⁷

Aus Brüsewitz' Sicht wäre die Kirche verpflichtet gewesen, gegen diese Zustände offen aufzubegehren. Er war ganz offensichtlich kein Mann der Diplomatie und brachte somit wenig Verständnis für die Kirchenoberen auf, die meinten, durch Verhandlungen mit dem Staat effizienter für die Christen in der DDR wirken zu können als durch öffentliche Aktionen.⁵⁸

Brüsewitz, von den Umständen niedergeschlagen, fuhr im August 1975, als Probst Bäume von der Kirchenleitung in Magdeburg in Zeitz war, mit seinem Leiterwagen in die Kreisstadt. Daran angebracht war ein Blechschild, auf dem zu lesen war: „Die Kirche ist in Not“ und „Ohne Regen, ohne Gott, geht die ganze Welt bankrott“.⁵⁹ Im Stadtzentrum wurde er von der Volkspolizei aufgehalten und erst nach einem 90 Minuten dauernden Verhör wieder freigelassen. Nach dem Verhör klagte er seine Sorgen der Pastorin Krien und Probst Bäume. Er kündigte einen „Drei-Stufen-Plan“ an.⁶⁰

In September 1975 brannte die Scheune der Pfarrei und konnte nicht gerettet werden, obwohl die Feuerwehr sofort zur Stelle war. Als Ursache für das Feuer gab die Feuerwehr Selbstentzündung an, obwohl gleichartiges Stroh in einer anderen Scheune keine Anzeichen dafür zeigte. Die Merkwürdigkeit dieses Vorfalles wurde noch dadurch unterstrichen, dass der Brandherd unter dem Dach gelegen hatte und auch Mitarbeiter des Ministerium für Staatssicherheit sofort vor Ort waren.⁶¹ Nicht nur Oskar Brüsewitz war davon überzeugt, dass es Brandstiftung war. Nach diesem Vorfall fühlte sich der Pfarrer verfolgt und beklagte den mangelnden Rückhalt in der Gemeinde. Eine ihm am 10. Dezember angekündigte Visitation⁶² für den September 1976 durch die kirchlichen Vorgesetzten in Zeitz schürte seine Ängste weiter. Brüsewitz warf der Visitationskommission Schnüffelei vor und verglich sie mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Auch quälte ihn die Sorge, versetzt zu werden.⁶³

Trotz dieser Ängste gab er seine Arbeit als Pfarrer nicht auf und beteiligte sich Anfang 1976 an einer nur mäßig erfolgreichen Missionsaktion in einem Neubaugebiet in Zeitz. Eine Bibelwoche in Wildschütz blieb erfolglos, nachdem die Volkspolizei, auf die Aktion aufmerksam geworden, Brüsewitz verhörte und sein Vorhaben damit beendete.⁶⁴

Anfang der 70er Jahre setzte eine internationale Aufwertung der DDR ein. Durch die Abgrenzungspolitik zur Bundesrepublik schwand aber auch die Hoffnung auf eine baldige

57 Brüsewitz' Tochter Ester wurde trotz exzellenten Schulabschlusses nicht auf die Erweiterte Oberschule delegiert, sondern bekam nur eine Lehre als Gleisbauarbeiterin angeboten. Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 86; Vgl. dazu auch: Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 84f, 97.

58 Vgl. Schultze, H., Brüsewitz, 2005, S. 41.

59 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 86; Vgl. dazu auch Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 395.

60 Diese Aktion im August 1975 sollte die erste Stufe seines drei Stufen umfassenden Plans darstellen dessen dritte Stufe, nachdem er sich entschlossen hatte die zweite entfallen zu lassen, seine Selbstverbrennung war.

61 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 88; Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 99.

62 Der Begriff Visitation beschreibt den Besuch eines Oberen bzw. Vorgesetzten zum Zweck der Bestandsaufnahme und Normenkontrolle.

63 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 89; Müller-Enbergs, H. Zusammenspiel, 1993, S. 117f.

64 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 396.

Annäherung der beiden deutschen Staaten. Gleichzeitig keimte, eingeleitet durch den KSZE-Prozess⁶⁵, auch in den christlichen Reihen die Hoffnung auf Fortschritte im humanitären Bereich. Durch den KSZE-Prozess setzte 1972 eine Entspannung zwischen Ost und West ein. Gleichzeitig hatte die Schlussakte von Helsinki das innenpolitische Dilemma der DDR deutlich gemacht. Einerseits gab es außenpolitisch keine Alternativen zu Entspannungspolitik andererseits wirkte diese innenpolitisch destabilisierend, da die Bevölkerung, aufgrund der von der DDR unterzeichneten verschiedenen völkerrechtlichen Verträge eine verbesserte Argumentationsgrundlage erhielt und in Folge dessen verstärkt auf Freizügigkeit und humanitäre Erleichterung drängte.⁶⁶

Mitte der 70er Jahre zeigte sich unter den Kirchenmitarbeitern eine allgemeine Resignation. Die Verantwortlichen der Kirchenleitung suchten einen liberalen teilweise auch loyalen Kurs zum SED-Staat, was zu kircheninternen Auseinandersetzungen führte. Einige schwiegen, andere wiederum zeigten ihren Unmut in aller Deutlichkeit. Die eigentliche Ursache für diese Differenzen war das angespannte Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das sich aber vornehmlich in innerkirchlichen Diskussionen niederschlug.

Der Druck auf Brüsewitz, sowohl von staatlicher als auch von kirchlicher Seite, wuchs und verfolgte das Ziel, einen Wechsel seiner Pfarrstelle oder aber seine Ausreise aus der DDR zu erwirken. Anlass, die Kirche zum Handeln zu zwingen, war eine Grabrede von Pfarrer Brüsewitz bei der Beerdigung eines Genossenschaftsbauern, in der er sich abfällig über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR geäußert hatte. Probst Bäumer fuhr am 23. Juli 1976 nach Rippicha, um mit Brüsewitz zu reden. Er versuchte, ihm klar zu machen, dass das Konsistorium es aufgrund der Vorfälle für ratsam hielt, wenn Brüsewitz und seine Frau einen Neuanfang machten und einem Pfarrstellenwechsel zustimmten. Pfarrer Brüsewitz und seine Frau gaben nach und stimmten zu.⁶⁷ Kurz darauf soll Oskar Brüsewitz aber Gemeindegliedern gegenüber geäußert haben, dass er Rippicha nicht verlassen wolle, sondern dort sterben und begraben werden will.⁶⁸ Er kündigte an, die zweite Stufe seines Plans entfallen zu lassen und gleich zur dritten übergehen zu wollen. Als er anfang in einer Ecke des Friedhofs in Rippicha ein Grab auszuheben, ahnte niemand, dass er es für sich selbst bestimmt hatte. Auf die Frage eines Dorfbewohners, nach der Person die darin begraben werde solle, antwortete er: „In den nächsten Tagen wird hier jemand gebracht werden aus Zeitz, und der wird hier begraben werden“.⁶⁹

65 Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; 1973 wurde die DDR in die UNO aufgenommen und 1975 die KSZE-Schlussakte von Helsinki unterzeichnet, was der DDR außenpolitisches Ansehen brachte. Die Schlussakte von Helsinki schürte in kirchlichen Reihen die Hoffnung auf Verbesserungen aber auch Diskussionen hinsichtlich ihrer Umsetzung, denn die DDR hatte sich mit der Unterzeichnung verpflichtet die Grund- und Menschenrechte einzuhalten. Vgl. o.V., Kundgebungen Bd. 1, 1995, S. 153 – 165; Vgl. dazu auch: Heinecke, H., Konfession und Politik, 2002, S. 76 – 86; Durch die Anerkennung der Kirchen im KSZE-Prozess hatten diese nun eine bessere völkerrechtliche Grundlage um ihre Rechte einzufordern und den Staat gegebenenfalls unter Druck zu setzen. Bei Missachtung hätte das z.B. kritische Äußerungen durch die Kirchen in westlichen Medien bedeuten können. Vgl. Gerlach, St.V., Staat und Kirche, 1999, S. 97, 104, 123. Auf dieser Grundlage tritt Mitte der 70er Jahre eine Entspannung zwischen Kirche und Staat ein.

66 In Folge dieser Ereignisse stiegen seit 1976 die Anträge auf Ausreise aus der DDR und auf die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Die Ausreisewilligen konnten sich dabei u.a. auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki und den Art. 2 des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags beziehen. Vgl. Kunter, K., KSZE-Prozess, 2000, S.169f.

67 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 90.

68 Vgl. Onnasch, M., Dokumentation, 1977, S. 397.

69 Zit. in: Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 110.

Das Fanal von Oskar Brüsewitz

Die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz war ein deutliches Signal für die Diskriminierung der Christen in der DDR.⁷⁰ Die Umstände seines Leidens und seines Todes zeigen deutlich, warum sein Signal auch bis in die BRD vordringen konnte. In dem Buch „Das Fanal“ von H. Müller-Enbergs, W. Stock und M. Wiesner wird der Verlauf der Geschehnisse sehr ausführlich und anschaulich beschrieben, weshalb dem folgenden Abschnitt in erster Linie dieses zugrunde liegt. Zudem gleichen sich die Beschreibungen in anderer Literatur stark.⁷¹

Am Morgen des 18. August 1976 stand Oskar Brüsewitz sehr früh auf, noch vor dem Rest der Familie und ging in den Garten des Pfarrhauses. Dort schnitt er Rosen und stellte diese im Pfarrhaus auf, wie er es schon einige Male getan hatte. Er bat seine Frau, als auch diese aufgestanden war, ein besonders gutes Frühstück zu bereiten. Ihr schien alles an diesem Morgen etwas überraschend, aber nicht weiter ungewöhnlich zu sein. Nachdem die Familie gefrühstückt hatte, bat er seine Tochter Ester, ihm eines seiner Lieblingslieder auf dem Klavier vorzuspielen. Gegen neun Uhr verließ er das Haus. Erst suchte er die Kirche auf und holte zwei auf Holzrahmen aufgezoogene Transparente, die er schon Tage zuvor angefertigt hatte, stellte sie in seinen Wagen und fuhr fort. Gegen zehn Uhr kehrte er zurück, stellte seinen Wagen ab und ging ins Pfarrhaus. Kurze Zeit später kam er wieder heraus und hatte zwei Briefe bei sich, die er einer Reinigungskraft mit der Bitte anvertraute, die Briefe nach einer halben Stunde einer seiner Töchter auszuhändigen.⁷²

Das verwunderte die Frau, denn sie wusste, dass Brüsewitz' Frau und Tochter im Pfarrhaus waren. Er setzte sich in seinen Wagen und fuhr in Richtung Droßdorf. Gegen halb elf Uhr gab die Reinigungskraft die Briefe wie besprochen bei Ester Brüsewitz ab. Diese stürzte, nachdem sie einen der Briefe geöffnet hatte, ins Haus und gab beide Briefe ihrer Mutter. Es waren Abschiedsbriefe von Oskar Brüsewitz an seine Familie und die Gemeinde. Oskar Brüsewitz war währenddessen auf dem Weg in die Innenstadt von Zeitz. Dort parkte er seinen Wagen von dem Michaeliskirchhof, wo die Fußgängerzone beginnt. Die Fußgängerzone war an diesem Tage sehr belebt, so dass viele Passanten die Geschehnisse dieses Tages verfolgen konnten. Brüsewitz stieg, mit Talar bekleidet, aus seinem Wagen, nahm die Transparente heraus und stellte sie hintereinander daran auf. Auf ihnen war zu lesen: „Funkspruch an alle ... Funkspruch an alle ... Die Kirche in der D.D.R. klagt den Kommunismus an! wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen“, „Funkspruch an alle Funkspruch an alle Wir klagen den Kommunismus an: wegen: Unterdrückung der Kirchen in Schulen an Kindern und Jugendlichen!“.⁷³ Neben die Transparente stellte er eine mit Benzin gefüllte 20-Liter-Milchkanne.⁷⁴ Er betrachtete aus kurzer Entfernung die Transparente und versuchte danach, sie auf dem Dach seines Wagens zu platzieren, damit sie von allen Seiten gut zu sehen waren.

Die Menschen auf dem Platz versammelten sich angesichts der ungewöhnlichen Aktion und versuchten, die Transparente zu lesen. Auch ein Oberstleutnant der Volkspolizei war aufmerksam geworden und wollte gegen Brüsewitz einschreiten. Noch bevor er das aber

70 Nach Neubert war Brüsewitz' Selbstverbrennung keine spontane Tat, sondern eine durchgeplante Handlung. Vgl. Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, S. 276. Brüsewitz hatte sich schon im Vorfeld über Selbstverbrennung informiert, den Ort der Grabstelle selbst festlegt und das Grab Tage zuvor ausgehoben, weshalb eine spontane Tat schwer anzunehmen ist.

71 Vgl. dazu auch: Klier, F., Oskar Brüsewitz, 2004, S. 110 – 117; Müller-Enbergs, H., Zusammenspiel, 1993, S. 5 – 14; Neubert, E., Geschichte der Opposition, 2000, S. 275 – 277; Wolle, St., Diktatur, 1999, S. 252f.

72 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 13.

73 Zit. aus: Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 18.

74 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 14.

konnte, nahm Oskar Brüsewitz die Milchkanne in beide Hände, goss sich das darin enthaltene Benzin über seine Kleidung, entzündete ein Streichholz und stand in Flammen. Auch das Benzin auf der Straße sowie das Heck des Wagens entzündeten sich. Umstehende Menschen riefen nach Polizei und Feuerwehr. Oskar Brüsewitz rannte brennend in Richtung der Superintendentur. Ein Brigadier rannte dem Pfarrer entgegen und versuchte ihm die Kleider vom Körper zu reißen. Ein NVA-Soldat stellt ihm in Höhe der Telefonzelle ein Bein und brachte ihn so zu Fall. Sie versuchten die Flammen auf Oskar Brüsewitz mit einer Decke zu ersticken, aber diese fing Feuer. Danach versuchten auch sie, Brüsewitz die Kleider vom Körper zu reißen. Der zufällig anwesende Oberstleutnant informierte mit einigen anderen den Diensthabenden der nächsten Volkspolizei-Dienststelle und die Feuerwehr.⁷⁵

Während man bemüht war, die Flammen am Körper des Pfarrers zu löschen, leitete die Volkspolizei Ermittlungen ein und traf Sicherungsmaßnahmen, um die Situation in Zeit unter Kontrolle zu bringen. Die Polizei bzw. Mitarbeiter des MfS beseitigten umgehend die Transparente.⁷⁶

Der CDU-Kreissekretär, der die Geschehnisse verfolgt hatte, meinte später, dass wohl nur wenige Leute die Transparente gelesen hatten, da sie nur kurz zu sehen waren und eines falsch herum auf dem Wagen gestanden hatte.⁷⁷ Nur ein paar Westdeutsche, die das Geschehene im Vorbeifahren mit verfolgt hatten, konnten sich noch gut an die Aufschriften der Transparente erinnern. Erst kurz vor dem Eintreffen der Feuerwehr gelang es, die Flammen zu ersticken. Oskar Brüsewitz wurde in Decken gehüllt und wartete auf einem Stuhl sitzend, den man ihm gebracht hatte, auf den Krankenwagen. Als dieser eintraf, stand Brüsewitz auf und ging zum Krankenwagen.⁷⁸ Inzwischen hatten sich mehrere Hundert Menschen um den Platz versammelt und waren Zeugen des Ereignisses geworden.

Der Schwerverletzte wurde, nach der Tat noch bei vollem Bewusstsein, erst in das Zeitzer Krankenhaus und später auf Anweisung der SED-Kreisleitung nach Halle-Döhlau auf die Intensivstation des Bezirkskrankenhauses gebracht, wo er am 22. August verstarb.



Todesanzeige, Quelle: Stiftung Aufarbeitung, Bestand Brüsewitz-Zentrum

Die Beerdigung von Oskar Brüsewitz

Der Staat war sich der möglichen Tragweite der Tat von Oskar Brüsewitz bewusst. Er hatte die Befürchtung, dass die Tat des Pfarrers zum Politikum würde, was in der Folge schließlich auch eintrat. Es wurde ein Maßnahmenplan entworfen, um Informationen zu gewinnen und

75 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 17.

76 Schultze verweist darauf, dass die Beseitigung der Plakate Vorrang vor der Hilfeleistung für den noch brennenden Brüsewitz gehabt hätte. Vgl. Schultze, H., Brüsewitz, 2005, S. 37.

77 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 18.

78 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 19.

eine Kampagne in den westdeutschen Medien gegen die DDR zu verhindern. Es sollte vertuscht werden, dass der Pfarrer durch seine Selbstverbrennung ein Zeichen setzen wollte.⁷⁹ Die Öffentlichkeit in der DDR wurde weitestgehend von Informationen über den Vorfall ausgeschlossen. Nur in Rippicha und Zeitz sollte eine Erklärung während eines Gottesdienstes verlesen werden.⁸⁰ Die Kirche verurteilte Oskar Brüsewitz nicht. Sie distanzierte sich von der Art und Weise der Tat, nicht aber vom Pfarrer selbst. Die Kirche betrachtete seine Tat vor allem als Signal an die Kirche und ihren „staatsfreundlichen Kurs“. Trotz der Bemühungen von Staat und Kirche gelangte die Meldung von der Selbstverbrennung an westdeutsche Journalisten, die sie an die Öffentlichkeit brachten. Die Tat von Brüsewitz wurde von ihnen nicht als Selbstmord, sondern als Signal für die Situation der Christen in der DDR verstanden. Im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hingegen stellte man die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz als Tat eines geistig verwirrten Menschen dar.⁸¹ Die Folge war eine große Solidarisierung seitens der Kirche mit Oskar Brüsewitz.⁸² Die Kirche der DDR widersprach der Auslegung des „Neuen Deutschland“, aber sie sprach sich auch dafür aus, dass die Geschehnisse nicht gegen die DDR benutzt werden dürfen.⁸³

Am 26. August 1976 wurde Oskar Brüsewitz in Rippicha beerdigt. Die Trauerfeier für Oskar Brüsewitz stand unter scharfer Beobachtung durch staatliche Organe. Vertreter von Kirche und Staat führten im Vorfeld Gespräche, um einen „politischen Missbrauch“ der Trauerfeier zu verhindern. Am Tag der Beisetzung wurden der Ort und die Zufahrtswege nach Rippicha von der Volkspolizei und dem MfS überwacht. „Hetze“ gegen die DDR, vor allem in den Medien der BRD, sollte vermieden werden. Dennoch fanden sich an diesem Tag Reporter und Kameralente der Westpresse in Rippicha ein, um die Trauerfeier zu filmen.⁸⁴ Obgleich öffentlich nicht auf die Trauerfeier hingewiesen wurde, kamen 370 Menschen aus allen Teilen der DDR, um ihr beizuwohnen.⁸⁵ Unter den Teilnehmer waren neben der Familie u.a. zahlreiche evangelische und katholische Pfarrer, Manfred Stolpe und Probst Bäumler, der auch die letzten Worte für Oskar Brüsewitz sprach.⁸⁶ Die Beerdigung endete um 14:50 Uhr ohne Zwischenfälle.⁸⁷

79 Brüsewitz wollte mit seiner Tat vermutlich ein deutliches Zeichen gegen den Staat setzen. Gleichzeitig setzte er damit aber auch ein an die Kirche gerichtetes Signal hinsichtlich seiner Unzufriedenheit über die Kirchenleitung und deren Handeln. Das folgende Zitat soll dies verdeutlichen: „Obwohl der (des?) scheinbaren tiefen Friede, der auch in die Christenheit eingedrungen ist, tobt zwischen Licht und Finsternis ein mächtiger Krieg. Wahrheit und Lüge stehen nebeneinander.“ Zit. aus: Schulze, H., Signal, 1993, Dokument 1 S. 104 - 127. Der Staat versuchte „das Fanal“ des Pfarrers politisch zu entkräften, indem er den Selbstmord als die Tat eines „Geisteskranken“ deklarierte. Vgl. dazu: Heydemann G.; Oberreuter H. (Hrsg.), Vergleichsaspekte, 2003, S. 491f.

80 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 110.

81 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 118.

82 Deutlich wird diese Haltung z.B. im „Wort an die Gemeinden“, vor allem hinsichtlich der herabsetzenden Meldungen über Brüsewitz in der DDR. Vgl. Schulze, H., Signal, 1993, S. 72f., Dokument 16 S. 165 - 169. Auch im Bericht von Rudi Pahnke zeigt sich die einsetzende Solidarität mit dem Pfarrer. Vgl. Hildebrand J.; Thomas G. (Hrsg.), Unser Glaube, 1990, S.36 – 38.

83 Vgl. Tautz L., Radeke Ch., Protestbewegung, 1999, S. 21 – 25, 26f.

Im Gegensatz dazu kritisiert die Kirche die spätere Selbstverbrennung von Pfarrer Rolf Günther in Falkenstein am 17. September 1978 massiv. Vgl. o.V., Kundgebungen Bd. 1, 1995, S. 277 – 279.

84 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 141; Vgl. dazu auch: Müller-Enbergs, H., Zusammenspiel, 1993, S. 94f.

85 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 142; Vgl. dazu auch: Müller-Enbergs, H., Zusammenspiel, 1993, S. 95.

86 Bäumler verzichtete in seiner Predigt fast vollständig auf eine politische Interpretation der Tat von Brüsewitz, einerseits aus Rücksicht auf den Gottesdienst andererseits vermutlich aufgrund der angespannten Lage zwischen Staat und Kirche, in Folge der Selbstverbrennung und des großen Interesses der westlichen Medien. Vgl. Schulze, H., Signal, 1993, S. 36f; Vgl. dazu auch: Müller-Enbergs, H., Zusammenspiel, 1993, S. 95. Schultze stellt – die Sicht der Amtskirche widerspiegelnd – bezüglich der Einordnung der Selbstverbrennung Brüsewitz fest: „Wir können seine Selbstverbrennung nicht als ein Martyrium bezeichnen, denn er ist nicht verfolgt

Das Brüsewitz-Zentrum

(Im Internet zu erreichen unter: <http://www.bruesewitz.org>)

Die Gründung und Ziele des Brüsewitz-Zentrums

Die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz hatte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf die reale Situation der Christen und der Kirchen in der DDR gelenkt. Nachdem die Nachricht der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz im August 1976 in die BRD gelangt war, fanden sich die jungen Christen und Mitglieder der Paneuropa-Jugend Olaf Kappelt, Bernd Posselt und Walburga von Habsburg zusammen. Schon Ende 1976/Anfang 1977 konkretisierte sich die Idee, ein nach Oskar Brüsewitz zu benennendes Zentrum zu gründen, dass die Verletzung der Religionsfreiheit in der DDR ins öffentliche Bewusstsein rücken sollte.⁸⁸ Für sie war seine Selbstverbrennung ein klares Zeichen des Protests. Im „Aufruf zur Schaffung eines Brüsewitz-Zentrums“ hieß es dazu:

„Menschenrechtsverletzungen, wie die Beseitigung der Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, dürfen nicht verschwiegen werden. Der „DDR“-Pfarrer Oskar Brüsewitz wollte durch seine öffentliche Selbstverbrennung am 18. August 1976, auf dem Marktplatz in Zeitz, für die Religionsfreiheit in Mitteldeutschland demonstrieren. [...] Es war ein Appell an die Jugend, die Oppositionellen im Kommunismus und die Kirche, ja an die westliche Öffentlichkeit, nicht weiter schweigend dem Unrecht und der Gewalt gegenüber zu verharren.“⁸⁹



Kurzinformationen, Quelle: Stiftung Aufarbeitung, Bestand Brüsewitz-Zentrum

Sie warben, überzeugt von ihrer Idee, in vielen persönlichen Briefen an Prominente aus Wirtschaft, Politik und Kirche um die Unterstützung ihres Vorhabens. Die Reaktionen auf

worden. Er hätte sich ohne weiteres in eine andere Pfarrstelle einweisen lassen können; alle Beteiligten hätten ihm geholfen. Dort wäre es zu einem neuen Start gekommen. Brüsewitz hätte neuen politischen Kräften gegenübergestanden – vielleicht hätte sich manches entkrampft.

Jedenfalls wäre dies einen Versuch wert gewesen.“ (Schultze, H., Brüsewitz, 2005, S. 42.)

87 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 144.

88 Vgl. Kappelt, O., Gründung, 1986, S. 19f.

89 Zit. aus: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 149., Aufruf zur Schaffung eines Brüsewitz-Zentrums.

ohne dass – so die Darstellung des Brüsewitz-Zentrums – vorher das Gespräch mit den Initiatoren gesucht worden wäre.⁹⁴

Nachdem Immer den Brief erhalten hatte, schrieb er an das Koordinationsbüro des Brüsewitz-Zentrums. Er forderte die Gründer auf, das Zentrum nicht nach Oskar Brüsewitz zu benennen, andernfalls müsse er die Unterzeichner bitten, ihre Unterschriften zurück zu ziehen.⁹⁵ Es zogen jedoch nur wenige Personen ihre Unterschrift unter dem Gründungsaufwurf und damit ihre Unterstützung zurück. Eine Meldung des Evangelischen Pressedienstes behauptete, dass sich der Ministerpräsident Dr. Filbinger und Heinrich Köppler von der Gründung des Brüsewitz-Zentrums distanziert hätten. Trotz der Richtigstellung durch die Genannten soll die Meldung weiter verbreitet worden sein.⁹⁶

Die Initiatoren des Brüsewitz-Zentrums hatten schon Ende 1976 Kontakt zur Witwe des Pfarrers aufgenommen, die sich kurz nach seiner Tat zu ihm bekannte, und sie 1977 über ihr Vorhaben informiert.⁹⁷ Weder bei diesen ersten Kontakten noch später äußerte sich Christa Brüsewitz – so Vertreter und Freunde des Brüsewitz-Zentrums – gegen die Initiative zur Schaffung eines Brüsewitz-Zentrums.

Nach einem Besuch von Olaf Kappelt bei Frau Brüsewitz schrieb Bischof Krusche einen Brief an das Brüsewitz-Zentrum. Er gab an, mit Frau Brüsewitz gesprochen zu haben und die Information erhalten zu haben, dass sie ein Brüsewitz-Zentrum ablehne. Er mahnte die Initiatoren, von einer Benennung des Zentrums nach Oskar Brüsewitz Abstand zu nehmen, da er andernfalls mit einer Stellungnahme von Frau Brüsewitz an die Öffentlichkeit treten werde.⁹⁸

Später wurde von Freunden der Familie des Pfarrers berichtet, dass Christa Brüsewitz zu dieser Stellungnahme gedrängt worden sei.⁹⁹ Bereits kurz darauf, am 10. Juni 1977, verlas Bischof Krusche den Brief auf dem Kirchentag in West-Berlin, ohne die Reaktion der Initiatoren des Brüsewitz-Zentrums abzuwarten und übergab ihn dem Evangelischen Pressedienst zur Veröffentlichung. Die Echtheit der verbreiteten Erklärung von Christa Brüsewitz ist jedoch umstritten, da sich in den Akten des Magdeburger Konsistoriums lediglich eine Abschrift des Schreibens befinden soll, die einzig von Probst Bäumler beglaubigt sei.¹⁰⁰

Diese Aktion verhinderte jedoch die Gründung des Brüsewitz-Zentrums nicht mehr, auch wenn die Initiatoren das „stille“ Einverständnis von Christa Brüsewitz nicht öffentlich bekannt geben konnten, um die in der DDR lebende Witwe nicht zu gefährden.¹⁰¹ Am 18. Juni 1977 wurde in Bad Oeynhausen das „Christlich-Paneuropäische Studienwerk“ e. V. ein

94 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S.197.

95 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S.198.

96 Vgl. Das Brüsewitz-Zentrum geht seinen Weg, trotz Desinformationskampagne, SSD-Agent und Bischofs-Kritik, in: Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.) Informationsdienst Nr.1/2, 1977, S. 6 – 9.

97 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S.199.

98 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S.202. Werner Krusche äußerte sich dazu folgendermaßen: „Ich habe mich damals öffentlich gegen die Gründung des Brüsewitz-Zentrums gewandt, einmal, weil diese Namensgebung ohne die Zustimmung von Frau Brüsewitz geschehen war, und zum anderen, weil ich die propagandistische Vermarktung dieses Todes, seine Benutzung zur Aufheizung des Kalten Krieges für ein Unrecht hielt. Das Brüsewitz-Zentrum und die Rechtsaußen-Medien reagierten mit einer Gehässigkeit und Bösartigkeit, wie ich sie bis dahin nur von Eduard von Schnitzler gegenüber der Bundesrepublik kannte.“ Zit. aus: Krusche, W., Anfrage, 1993, S. 97f.

99 Vgl. Das Brüsewitz-Zentrum geht seinen Weg, trotz Desinformationskampagne, SSD-Agent und Bischofs-Kritik, in: Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.) Informationsdienst Nr.1/2, 1977, S. 9.

100 Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S.204.

101 Vgl. dazu: Kappelt, O., Gründung, 1986, S. 20; Anhand der heutigen Aktenlage des Brüsewitz-Zentrums kann die stillschweigende Zustimmung von Frau Brüsewitz im Bezug auf die Namensgebung des Zentrums durchaus angenommen werden.

konfessionell und politisch gebundener Verein gegründet. Dieser sollte ein Zentrum in Bad Oeynhausen schaffen, das den Namen von Oskar Brüsewitz tragen sollte.¹⁰²

Die Ziele des Vereins werden in einem Auszug aus der „Satzung des Christlich-Paneuropäischen Studienwerks“ vom 18. Juni 1977 wie folgt beschrieben:

„§ 2 Aufgaben und Ziele

- (1) Ziel des Vereins ist es, im christlichen Geiste der Grund- und Menschenrechte zur besseren Verständigung, Zusammenarbeit und Solidarität im ganzen deutschen Volk, in Europa und zwischen den Völkern der Welt beizutragen. Dies geschieht durch Bildungs- und Informationstätigkeit, soziale Hilfen und kulturelle Veranstaltungen.
- (3) Zur Erreichung dieser Ziele setzt sich das Christlich – Paneuropäische Studienwerk insbesondere folgende Aufgaben:
 - Die Publizierung von Verletzungen der Menschenrechte, insbesondere der der Religionsfreiheit.
 - Die Durchführung von Hilfsaktionen – moralischer, juristischer oder materieller Art – für Christen, besonders am anderen Teil Deutschlands.
 - Den Aufbau eines Facharchivs, einer Bibliothek und die Herausgabe von Dokumentationen über Christen, Kirche und Staat in Mitteldeutschland.
 - Die Durchführung von Begegnungstagungen, Seminaren und einzelnen Bildungsveranstaltungen über Menschenrechte und Religionsfreiheit sowie Wesen und Werden von Kirche und Staat.
 - Die Betreuung von Flüchtlingen und aus Mitteldeutschland ausgereisten Personen.¹⁰³

Das Brüsewitz-Zentrum wurde am 18. Oktober 1977 in der Steinstraße 7 in Bad Oeynhausen eröffnet.¹⁰⁴ Im Jahr 1982 zog das Brüsewitz-Zentrum in die Portastraße 3 um.¹⁰⁵ Zu dieser Zeit unterhielt das Zentrum eine umfangreiche Bibliothek sowie ein Facharchiv zu kirchlichen, politischen, geschichtlichen und philosophischen Themen sowie auch zu Fragen der Menschenrechte im geteilten Europa.¹⁰⁶

Aktivitäten des Brüsewitz-Zentrums

Das Brüsewitz-Zentrum veranstaltete zahlreiche Tagungen und Seminare, z.B. die Tage der Menschenrechte, die im Gedenken an Oskar Brüsewitz stattfanden, sowie Diskussionen mit Vertretern aus Politik, Kirche und Gesellschaft über Fragen der Bürger- und Menschenrechte boten. Das Konzept einer Tagungsstätte musste 1983 aus finanziellen Gründen aufgeben werden. Die Organisation der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit und die publizistischen Aktivitäten wurden daraufhin in ein von Kai Fischer aufgebautes Büro in die Karl-Barth-Straße 7 in Bonn verlegt. 1990 wurde dieses Büro aufgelöst.

Das Brüsewitz-Zentrum arbeitete mit zahlreichen unterschiedlichen Organisationen im In- und Ausland zusammen, z.B. der IGFM (Internationale Gesellschaft für Frieden und Menschenrechte) und der Bundeszentrale für politische Bildung. Geprägt wurde die Arbeit des

102 Vgl. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 119., „Christlich-Paneuropäisches Studienwerk: Gründungsprotokoll“.

103 Zit. aus: . Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 149., „Satzung des Christlich-Paneuropäischen Studienwerkes“ von 18. Juni 1977.

104 Vgl. BrüsewitzZentrum eröffnet, in: Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.): Informationsdienst Nr.4, 1977, S. 5.

105 Vgl. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 58., „Daten des Brüsewitz-Zentrums“.

106 Vgl. Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, St Aufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 58., Faltblatt „Das neue Brüsewitz-Zentrum“.

Zentrums vor allem durch die zahlreichen Seminare und Fachkongresse, wie z.B. die Fachtagung 1985 in Bonn zum Thema Kirche in der Verantwortung, bei der das Problem der Hilfeleistungen der Kirchen von BRD und DDR für Übersiedler aus der DDR behandelt wurde. Aber auch Publikationen des Brüsewitz-Zentrums (darunter die Zeitschrift „Christen drüben“ seit 1984, die „Kurzinformationen aus dem Brüsewitz-Zentrum“ oder den „Presse- und Informationsdienst“ seit 1977), Aktionen für politische Häftlinge in der DDR (z.B. für den Bürgerrechtler Rainer Bäurich und Carsten Lober) und Hilfsaktionen für Christen in der DDR (z.B. die Bibel-Aktion und die DDR-Paketaktion) prägten das Bild des Brüsewitz-Zentrums entscheidend. Finanzielle Unterstützung erfuhr das Zentrum durch zahlreiche Spenden und Mitgliedsbeiträge, aber auch durch öffentliche Mittel und Zuschüsse für Seminare und Veranstaltungen (z.B. durch das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Europäische Gemeinschaft).



Dokumentation, Quelle: Stiftung Aufarbeitung, Bestand Brüsewitz-Zentrum

Seit den Anfängen der Initiative zur Gründung eines Brüsewitz-Zentrums wurden die Aktivitäten, Mitglieder und Freunde des Brüsewitz-Zentrums durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR überwacht, da das Brüsewitz-Zentrum als eine der DDR feindlich gesinnte Organisation eingestuft wurde. Erst mit dem Ende der DDR 1989 wurden diese Aktivitäten eingestellt.¹⁰⁷

Das Christlich-Panuropäisches Studienwerk e.V./Brüsewitz-Zentrum organisiert auch heute noch Veranstaltungen und Seminare. Unter der Domain [www. Bruesewitz.org](http://www.Bruesewitz.org) sind Informationen zu Veranstaltungen und dem Fanal von Oskar Brüsewitz zu finden.

Literatur und gedruckte Quellen

Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.) [Informationsdienst Nr.1/2, 1977] : Presse- und Informationsdienst des Brüsewitz Zentrums, Nr.: 1/2, Bad Oeynhausen: Brüsewitz-Zentrum, 1977.

Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.) [Informationsdienst Nr.4, 1977] : Presse- und Informationsdienst des Brüsewitz Zentrums, Nr.: 4, Bad Oeynhausen: Brüsewitz-Zentrum, 1977.

Brüsewitz-Zentrum eröffnet, in: Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.), Informationsdienst Nr. 4, 1977.

¹⁰⁷ Vgl. Müller-Enbergs, H./Stock, W./Wiesner, M., Fanal, 1999, S. 210.

- Bund Freies Deutschland (Hrsg.) [Opfertod, 1976] : Der Opfertod des Pfarrers Brüsewitz, Berlin, 1976.
- Das Brüsewitz-Zentrum geht seinen Weg, trotz Desinformationskampagne, SSD-Agent und Bischofs-Kritik, in: Brüsewitz-Zentrum (Hrsg.), Informationsdienst Nr.1/2, 1977.
- Deutsche Demokratische Republik (Hrsg.) [DDR Verfassung `49, 1949] : Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1949, Berlin : Amt für Information der Regierung der Dt. Demokrat. Republik, 1949.
- Gerlach St.V. [Staat und Kirche, 1999] : Staat und Kirche in der DDR. War die DDR ein totalitäres System?, Frankfurt am Main: Lang, 1999.
- Fricke K. W. [Opposition und Widerstand, 1984] : Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln: Ver. Wiss. U. Politik, 1984.
- Heinecke H. [Konfession und Politik, 2002] : Konfession und Politik in der DDR. Das Wechselverhältnis von Kirche und Staat im Vergleich zwischen evangelischer und katholischer Kirche, Leipzig: Evangel. Verl.-Anst., 2002.
- Henkys, R. [Bund, 1970] : Bund der evangelischen Kirchen in der DDR: Dokumente zu seiner Entstehung ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys, Epd-Dokumentation; Bd 1, Witten, u.a.: Eckart-Verl., 1970.
- Heydemann G.; Oberreuter H. (Hrsg.) [Vergleichsaspekte, 2003] : Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2003.
- Hildebrand J.; Thomas G. (Hrsg.) [Unser Glaube, 1990] : Unser Glaube mischt sich ein Evangelische Kirche in der DDR. 1989 Berichte, Fragen, Verdeutlichungen, Berlin: Evang. Verl.-Anst., 1990.
- Judt M. (Hrsg.) [DDR-Geschichte, 1998] : DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1998.
- Kappelt, O. [Gründung, 1986] : Die Gründung des Brüsewitz-Zentrums. Ein Kampf wie zwischen David und Goliath, in: Christen, Nr. 2, Bonn: Brüsewitz-Zentrum, 1986, S. 19-20.
- Kleßmann C. [doppelte Staatsgründung, 1991] : Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955, 5. überarb. und erw. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1991.
- Klier F. [Oskar Brüsewitz, 2004] : Oskar Brüsewitz. Leben und Tod eines mutigen DDR-Pfarrers, Berlin: Bürgerbüro Berlin, 2004.
- Krusche H.-M. [Pfarrer, 2002] : Pfarrer in der DDR. Gespräche über Kirche und Politik, Berlin: Verl. Am Park, 2002.
- Krusche, W. [Anfrage, 1993] : Eine brennende Anfrage, in: Schulze, H., Das Signal von Zeitz, Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976, 2., durchges. Nachaufl., Leipzig : Evang. Verl.-Anst., 1993, S. 94-98.
- Kunter K. [KSZE-Prozeß, 2000] : Die Kirchen im KSZE-Prozeß. 1968-1978, Stuttgart: Kohlhammer, 2000.
- Maser P. [Kirchen, 2000] : Die Kirchen in der DDR, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2000.
- Müller-Enbergs H. [Zusammenspiel, 1993] : Das Zusammenspiel von Staatssicherheitsdienst und SED nach der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, Berlin, 1993.
- Müller-Enbergs H.; Stock W.; Wiesner M. (Hrsg.) [Fanal, 1999] : Das Fanal. Das Opfer des Pfarrers Brüsewitz aus Rippicha und die evangelische Kirche, Münster: Aschendorff, 1999.

- Neubert E. [Geschichte der Opposition, 2000] : Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, 2., durchg. Und erw. sowie korrig. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2000.
- Onnasch, M. [Dokumentation, 1977] : Dokumentation zu Leben und Dienst von Oskar Brüsewitz (1929 – 1976), Magdeburg, in: Schulze H., Signal von Zeitz, Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976, 2., durchges. Nachaufl., Leipzig : Evang. Verl.-Anst., 1993, S. 372 – 413.
- o.V. [DDR Verfassung `68, 1968] : Verfassung der DDR vom 6. April 1968, Berlin : Staatsverl. d. DDR, 1968.
- o.V. [Kundgebungen Bd. 1, 1995] : Kundgebungen: Worte, Erklärungen und Dokumente des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bd. 1: 1969 – 1980, Hanover: Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik Evangelische Kirche in Deutschland / Kirchenamt, Verl. des Amtsbl. der Evang. Kirche in Deutschland, 1995.
- Paneuropäisches Studienwerk e. V. (Hrsg.) [Christen Nr. 2, 1986] : Christen drüben, Nr. 2, Bonn: Brüsewitz-Zentrum, 1986.
- Schultze, H. [Brüsewitz, 2005] : Oskar Brüsewitz und sein Protest gegen das Bildungssystem des SED-Staates, in: Aufbrüche 1 (2005), S. 37 – 42.
- Schultze, H. [Signal, 1993] : Das Signal von Zeitz, Reaktionen der Kirche, des Staates und der Medien auf die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976, 2., durchges. Nachaufl., Leipzig : Evang. Verl.-Anst., 1993.
- Tautz L., Radeke Ch. [Protestbewegung, 1999] : „Warte nicht auf bess`re Zeiten...“: Oskar Brüsewitz, Wolf Biermann und die Protestbewegung in der DDR 1976 – 1977, Dokumentation, Halle/Saale: mdv, Mittelde. Verl., 1999.
- Wolle St. [Diktatur, 1999] : Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 – 1989, 2. durchges. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1999.

Archivalien

- Archiv der Stiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur
 StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 149
 StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 119
 StAufarb.-Brüsewitz-Zentr. VE 58